

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Drobnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 10. August.

Ein Mißverständnis, d. h. ein offenbar absichtliches, böswilliges, ist von gewisser Seite an unsere vorläufige Ankündigung in vorletzter Nummer, betreffend die unter Umständen anzuordnende regelmäßige Berichterstattung der wichtigeren Artikel unseres Blattes von Hamburg oder Leipzig aus, geknüpft worden.

Durch diese für den Fall, daß die Confiscationen unseres Blattes fort dauern, in Aussicht gestellte Einrichtung würde das Erscheinen unseres Blattes am hiesigen Plage in keiner Weise berührt. Wenn wir es nicht für nöthig gehalten hätten, daß der „Social-Demokrat“ in Berlin erscheine, so würden wir das Blatt überhaupt nicht dahier begründet haben.

Die in Aussicht gestellte Einrichtung hat vielmehr lediglich den Zweck, die freie Meinungsäußerung der Partei in wichtigeren Fällen nicht von dem Gutbefinden der Berliner Polizei abhängig zu machen, beziehungsweise die Verbreitung dieser Meinungsäußerung auf alle Fälle von vorn herein sicherzustellen.

Da die fragliche Einrichtung mit vielfachen Kosten und Mühen verbunden sein würde, so brauchen wir nicht weiter zu versichern, daß wir dieselbe nur dann ins Leben treten lassen, wenn man uns durch fortwährende Confiscationen dazu nöthigt; — dann aber allerdings mit Energie.

Der Grund, warum der „Social-Demokrat“, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, in Berlin fortzuerstehen wird, ist derselbe, der schon seine Begründung am hiesigen Plage verursachte.

Deutschland hat zwei zugleich den politischen Mittelpunkt der zwei größten Staaten bildende große Städte, die weithin bestimmend auf das deutsche Volksleben einwirken. Es gehört die ganze Vormacht des kleinstaatlichen Philisterrums dazu, glauben zu können, man vermöge von Baden, Frankfurt a. M. oder gar von Coburg aus große Politik zu machen. Jeder, der der beschränkten kleinstaatlichen Auffassung entwachsen ist, muß einsehen, daß in wirksamer und weitgreifender Weise nur von Wien oder Berlin aus wie Staats- so auch Volkspolitik zu machen ist.

Die großen Städte, die Machtstärken entscheiden, nicht die kleinen Städte und die Disputstaaten.

Wie die Dinge jetzt stehen, ist aber Berlin trotz des in Preußen herrschenden Systems an Einfluß auf Deutschland Wien weit voraus; auch sind die modernen Parteiverhältnisse in Preußen entwickelter als in Oesterreich, ja man kann getrost sagen, als im gesammten übrigen Deutschland.

Wenn wir nun trotzdem vor kurzem die Vermuthung aussprachen, daß in den entscheidenden Tagen Wien zur Hauptstadt von Deutschland sich

aufschwingen werde, so beruhte diese Vermuthung auf Erwägungen, die wir nicht weiter ausführen wollen, da sie vor den Augen der Berliner Polizei schwerlich Gnade finden würden. Auch glauben wir, daß unsere Leser aus dem deßfalligen Artikel, obgleich er den meisten nur in Trümmern zu Gesicht gekommen sein wird, unseren Gedanken hinlänglich erfaßt haben.

Aber einstweilen, und so lange die „entscheidenden Tage“ noch nicht da sind, kurz, wie die Dinge in diesem Augenblicke liegen, ist Berlin die erste und wichtigste Stadt für die Gestaltung der Volksverhältnisse in Deutschland.

Darum gehören wir — insoweit es sich um die ständige Thätigkeit handelt — hierher und nirgends anders hin.

Deutschland.

* Berlin, den 10. August. [Zum Stand der Unterhandlungen] verlautet noch immer nichts Sicheres. Die „Augsb. Allg. Ztg.“ meldet aus Wien vom 8. d., daß, wenn die erneute Mission des Grafen Blome in Gastein glücklich ausfallen sollte, eine „zufällige“ Begegnung des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich in Aussicht stehe; sollte hingegen diese Mission scheitern, so würde ein Antrag beim Bunde über die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein vorbereitet werden.

Die neueste, ziemlich inhaltsleere „Prov.-Corresp.“ bemerkt:

Zwischen Oesterreich und Preußen sind in jüngster Zeit lebhafteste Unterhandlungen wegen Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holsteins gepflogen worden. Allen Berichten nach hat eine Verständigung noch nicht stattgefunden, und man kann es nur beklagen, daß durch eine verzögerte Lösung der Streitfrage nicht bloß die Zustände in den Herzogthümern sich immer unhaltbarer gestalten, sondern auch die guten Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich getrübt erscheinen.

Im Uebrigen wird behauptet, am Gutachten der Kronjuristen habe die preussische Regierung eine „neue moralische Stütze“ gewonnen. Endlich heißt es:

Nichts ist gewisser, als daß Preußen seinen Mitbesitz nicht übertragen, sondern behalten wird, wenn seine Bedingungen nicht erfüllt werden. Eine usurpation von Seiten Dritter, welchen weder von Preußen noch von Oesterreich Rechte übertragen worden sind, hat keine Aussicht auf friedliche Duldung.

— [Aus den Herzogthümern.] Aus Kiel wird vom 9. d. berichtet: „Das akademische Consistorium hieselbst hat von der Landesregierung durch den Departementschef Christensen einen offiziellen Verweis erhalten, weil dasselbe den Geburtstag des Herzogs von Augustenburg gefeiert.“

— [Die Staatscommission für Arbeiterangelegenheiten] soll, wie man hört, am 21. August zusammentreten.

[„Ueber die conservativen Vereine“] bringt die „Krenz-Ztg.“ einen Leitartikel „aus der Provinz“, in welchem sich folgende ergötzliche Stelle findet:

Wer erscheint in den conservativen Versammlungen? Meist nur Leute, die schon conservativ gesinnt sind, denen vielleicht eine erneute Belehrung gut ist, die aber nicht befehrt zu werden brauchen.

Aus großer Ferne erscheinen Gutsbesitzer u. s. w. in der Stadt und halten feurige Reden in der anberaumten conservativen Versammlung. Die Zuhörer sind begeistert, drücken dem Redner die Hände, und mit dem Bewußtsein, Großes für die Partei geleistet zu haben, reist er in sein heimathliches Dorf zurück.

Jetzt beginnt die Wahl der Wahlmänner in jenem Dorfe. Siehe da! Der feurige Redner erhält nur eine Stimme, die des gleichgesinnten Ortsgeistlichen. Hat solch ein Gutsbesitzer, trotz seiner Verebtheit in der Stadt, als Conservativer seine Pflicht erfüllt? Gewiß nicht! Wo ist der Wirkungskreis jedes Conservativen? Sicherlich hauptsächlich in der Gemeinde, in welcher er lebt, deren Mitglied er ist, deren Wünsche und Sorgen ihm bekannt sein müssen. Wenn er als Conservativer sich das Vertrauen seiner Gemeinde durch Wort und That zu erwerben gewußt hat, so, daß sie ihn als Wahlmann wählt, dann hat er hinreichend seine Pflicht erfüllt. Dieses Vertrauen läßt sich aber nicht kurz vor dem Beginn der Wahl erwerben, sondern jedes Mitglied der Gemeinde muß förmlich seit Jahren gewohnt sein, den Gutsbesitzer als seinen Berater, seinen Führer zu betrachten, und überzeugt sein, daß dieser das Wohl der Gemeinde auch als das seinige ansieht.

Leider sind die Landgüter in dieser Zeit so sehr Handelsartikel geworden, daß wegen der kurzen Besizzeiten die Gutsbesitzer oft kaum ihre Gemeinden genau kennen lernen können.

Ja! Ja! Da liegt's! Auch der Grundbesitz ist „Handelsartikel“ geworden!

— (Anklage.) Der verantwortliche Redacteur dieses Blattes ist wegen der in Nr. 66 desselben enthaltenen Einsendung des Arbeiters Ludw. Brückmann, „Ueber Arbeiterbedrückungen“, auf Art. 35 des Preßgesetzes hin in Anklagestand versetzt und zur öffentlichen Verhandlung auf den 5. September nach Elberfeld vor die Zuchtpolizeikammer vorgeladen. Die Anklage selbst, in erster Linie gegen Herrn Brückmann gerichtet, enthält die Beschuldigung:

- a) den Polizeiergeanten Gebauer in Beziehung auf seinen Beruf beleidigt zu haben,
- b) den öffentlichen Frieden dadurch gefährdet zu haben, daß er die Angehörigen des Staates zum Hass oder zur Berachtung gegen einander öffentlich anreizt,
- c) die Einrichtungen des Staates dem Hass oder der Berachtung ausgesetzt zu haben.

* Frankfurt. [Auch ein Verein!] Ein „Verein der deutschen Standesherren“ hat sich constituirt. Dieser Verein, der aus allen ihm beitretenden Häuptern derjenigen fürstlichen und gräflichen Häuser Deutschlands besteht, welche in den Bundesbeschlüssen vom 18. Aug. 1825, 15. Febr. 1829 und 12. Juni 1845 aufgeführt sind, hat als seinen Zweck „die Belebung des Standesbewußt-

seins, die Wahrung der gemeinsamen Rechte und Interessen der deutschen Standesherren, und die Unterstützung der einzelnen in der Verteidigung ihrer standesherrlichen Rechte" angesetzt, und er soll namentlich dahin wirken: a) daß der auf Bundesverträgen ruhende Rechtszustand aufrechterhalten, b) daß die Verheißung des Art. 6 der Bundesakte (Curiastrimmen im Plenum der Bundesversammlung) verwirklicht, und c) daß dem zu errichtenden Bundesgericht die bundesgesetzlichen Rechte der deutschen Standesherren ohne Einschränkung unterstellt werden. Der gegenwärtige Präsident des Vereins ist Sr. Durchl. der Fürst Karl Egon zu Fürstenberg. Die deutschen Standesherren bestehen zur Zeit aus 48 Fürsten und 45 Grafen. Von diesen sind dem Verein beigetreten 40 Fürsten und 39 Grafen. — Ein sehr zeitgemäßer Verein, in der That!

Stuttgart, 9. August. [Parlamentarisch.] In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer interpellirte der Abgeordnete Desterlen den Minister v. Barnbüler, ob die Württembergische Regierung geneigt sei, die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit im Verein mit Baiern und den andern Mittelstaaten, sowie mit Oesterreich in nationalem Sinne zu einer Lösung zu streben. Der Minister verweigerte die Antwort. Der Abgeordnete Hopf hat seine Motion über den ihm ertheilten Ordnungsruf eingebracht.

Ausland.

* **Paris, 8. August.** [Tagesbericht.] Die Corresp. Havas-Bullier enthält folgende Mittheilung: „Die französische Regierung läßt, wie wir von gut unterrichteter Seite vernehmen, vollständig in Abrede stellen, daß sie in irgend einer Weise die Unterhandlungen sich eingemischt habe, welche zur Anerkennung Italiens durch Spanien führten. Sie hat sich eben so wenig um etwaige Unterhandlungen gekümmert, welche auf eine Anerkennung Italiens durch Oesterreich Bezug haben könnten. In beiden Fragen hält sie eben so sehr an stricter Neutralität fest, wie in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Was von einem Schiedsrichteramt zwischen Preußen und Oesterreich vorgebracht wurde, entbehrt jeder Begründung.“ — Der „Moniteur“ veröffentlicht einen 13 Spalten füllenden Bericht, welchen Herr Mathieu im Namen der sogenannten La-Roquette-Commission abgefaßt hat. Die Arbeit des Herrn Mathieu läßt sich, wie schon aus ihrem Umfange hervorgeht, auf eine ausführliche Prüfung des in La Roquette eingeführten Zellen-systems ein und spricht sich entschieden gegen Anwendung desselben auf jugendliche Sträflinge aus. Dagegen empfiehlt er angelegentlich, das System der landwirthschaftlichen Colonieen an die Stelle des Zellen-systems zu setzen, und weist auf die wohlthätigen Resultate hin, welche bereits durch verschiedene solcher Colonieen, namentlich durch die Muster-Anstalt von Mettray, erzielt worden sind. Als einer Stelle des Berichtes geht hervor, daß die frühere Angabe, die Commission sei getheilter Ansicht gewesen und einzig die Stimme der Kaiserin habe den Ausschlag gegen Beibehaltung des Zellen-systems gegeben, vollkommen begründet war. — Es haben jetzt sämmtliche Bürgermeister der größten Städte, welche nicht durch die jüngsten Wahlen den Gemeinderath neu gewählt worden sind, mit alleiniger Ausnahme bis jetzt des Herrn Comagno, Bürgermeisters von Toulouse, ihre Entlassung gegeben. — Das von Toulon am 7. Aug. nach Paris abgegangene Panzer-Geschwader besteht aus den fünf Schiffen: Solferino, Comane, Normandie, Gloire und Invincible. — Die italienische Flotte wird nicht zu den Besten in Genua kommen. In Paris hat man gewünscht, es nicht geschehe. — General Fleury ist durch einen Telegrammen nach Plombières berufen worden. Man spricht von einer Mission, die mit der schleswig-holsteinischen Frage in Verbindung steht. — Der Maire von Sorio (Corsica) ist seiner Stelle abgesetzt worden. Derselbe hatte nach der Wahl seine Mit sich nach Hause genommen, um die Wahlmänner allein zu zählen. Das war der Revolution aber doch zu stark und die Absetzung des

Maire's erfolgte. — Heute sprach der Appellationshof sein Urtheil in der Sache Montmorency. Der Gerichtshof erklärte nach der Meinung des General-Advokaten, daß das Tribunal erster Instanz Recht gehabt habe, sich, in so fern es den Titel und Namen betrifft, für incompetent zu erklären. In so fern es aber das Wappen anbelangt, ist der Hof der Ansicht, daß sich das Tribunal mit Unrecht incompetent erklärt hat und verweist in Folge dessen die Angelegenheit wieder vor das Civil-Tribunal, das dann aber anders zusammengesetzt sein muß. — Die Absendung der Truppenverstärkungen nach Mexico, deren Anzahl noch um die Zeit der letzten Sitzungen des gesetzgebenden Körpers auf 10,000, nach Anderen auf 14,000 Mann festgesetzt wurde, wurde jetzt in Angriff genommen. In diesen Tagen sollen theils aus Algier, theils aus Frankreich 6000 Mann nach Vera-Cruz eingeschifft werden. — Die „Presse“ will wissen, daß der Kaiser schon morgen oder übermorgen von Plombières hier ankommen werde.

— 10. August. [Neuestes.] Der Kaiser verläßt heute Morgen Plombières und begiebt sich direkt nach dem Lager von Chalons. — Aus Mexico meldet der „Moniteur“ vom 14. Juli: Urupan ist am 23. Juni von den Franzosen wiedergewonnen. Der Guerillaführer Pueblita wurde getödtet. Sämmtliche Quaranten sind jetzt in das südliche Gebiet von Mexico zurückgeworfen. — Briefen aus Rom vom 5. d. zufolge ist beschlossen worden, die päpstliche Armee zu verstärken. Wie man versichert, sind bereits ungefähr 1000 Engagements im Auslande kontrahirt worden. — Laut Nachrichten aus London vom 9. d. verließ die Königin Victoria gestern Abend Woolwich um sich nach Antwerpen zu begeben.

* **Brüssel, 8. August.** [Das Gerücht von der beabsichtigten Abdankung des König's] stellt sich immer mehr als unbegründet heraus.

* **Madrid, 8. August.** [Zur Lage.] Die „Epoca“ glaubt, daß in Folge der Conferenz zwischen O'Donnell, Wadon und Prim die Progressistenpartei an den Wahlen Theil nehmen wird. Der heutige Ministerconceil beschäftigte sich mit der Dominikanischen Angelegenheit.

— 9. August. [Neuestes.] Die Zusammenkunft der Königin mit dem Kaiser von Frankreich ist, sicherem Bernehmen nach, ausgegeben.

Vereins-Cheil.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins werden hierdurch daran erinnert, daß auf den 31. August der

Todestag Lassalle's

fällt, dessen alljährliche Feier bekanntlich auf der Generalversammlung vom verflossenen Jahre beschlossen wurde.

Es ist wünschenswerth, daß die Feier möglichst großartig werde, und es würde sich vielleicht empfehlen, wenn allerwärts einander nahe liegende Gemeinden sich zu einer Gesamtfeier vereinigen.

Näheres wird den einzelnen Gemeinden noch bekannt gemacht werden. Das Präsidium: Frankfurt a. M., 14 Röderberg, B. Becker. den 8. August 1865.

† Hagen, 7. August. (Allg. Arb.-Versammlung in Elbe durch den Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Mehrere Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins aus Hagen machten gestern dem Nachbarorte Elbe, in welchem sich verschiedene Fabriken befinden, einen Besuch. In der angesagten Versammlung waren circa 120 Arbeiter jenes Dorfes anwesend und hatte dieselbe einen äußerst erfreulichen Verlauf. Herr Kruse eröffnete die Versammlung, seine Freunde äußernd über so rege Theilnahme. Herr Hasenclever erklärte darauf, daß die Veranstalter der Versammlung zur Lassalle'schen Richtung gehörten, und daß sie Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins seien, die hier in Elbe die Grundsätze dieses Vereins erklären und so allen Arbeitern ein Verständniß derselben beibringen wollten. Nun schlug derselbe den eingeladenen Herrn Hasenclever, Bevollmächtigten der blühenden Varmer Gemeinde, zum Vorsitzenden vor, der auch, einstimmig gewählt, mit einer kräftigen Ansprache die Anwesenden zur Ruhe, Ordnung und Geseßlichkeit für die ganze Dauer der

Versammlung ermahnte. Hr. Hasenclever hielt nun einen längeren, eingehenden Vortrag, der im Wesentlichen ein volles, abgerundetes Bild in ganz gemäßigter Weise, ohne besondere Farbenanstrich, zeichnet, in welchem die Arbeiter ganz genau ihre Lage und den Weg, aus derselben in eine gebührende zu gelangen, erblicken konnten. Nachdem nun noch der Herr Vorsitzende treffende und schneidende Worte den Arbeitern in Bezug auf ihre Lage zugerufen, in welchem ganz besonders das Schulze'sche Sparpächem in vernichtender Weise kritisiert wurde und die Selbsthülfe der Arbeiter durch Sparen verglichen wurde mit dem Auspruch einem am Galgen Zappelnden gegenüber: „Du Gehängter, hilf dir doch selbst!“ ergriß ein Arbeiter aus Hagen das Wort und erklärte in ruhiger Weise, daß sein früherer Arbeitgeber, bei dem er 16 Jahre gewesen, Herr Wilh. Hundt, vor den Arbeitern der Hütte und Hued'schen Fabrik kürzlich erklärt habe, jeder Arbeiter, wenn er auch Familie habe, könne mit 12—15 Sgr. täglich ganz ordentlich leben. Wer die Verhältnisse Hagen's kennt, dem muß über eine solche impudente Behauptung die Zornesröthe in's Gesicht steigen; doch das Beste ist, daß solcher Ansicht kein Arbeiter Glauben schenkt. Die ganze Versammlung erklärte auch die Unmöglichkeit, daß mit obiger Summe ein Arbeiter, ohne ganz zu verkommen, in Hagen leben könne. Herr Hasenclever sprach seine Freude darüber aus, daß solche Lächerlichkeiten und traurige Zumuthungen gerade von Arbeitern frisch und furchtlos in solchen Versammlungen mitgetheilt würden, und meinte, wenn nur Einigkeit unter den Arbeitern der einzelnen Fabriken herrsche, dann wäre auch die Furcht vor den Brodherren ein überwundener Standpunkt, welche noch viele Arbeiter abhalte, dem Allg. deutsch. Arb.-Verein beizutreten, in welchem gegenwärtig das Heil des ganzen Standes concentrirt sei. Nachdem nun noch die bekannte Krall'sche Maßregelung aus dem „Social-Demokrat“ vorgelesen und die höchste Entrüstung aller Anwesenden hervorgerufen, schloß Redner diese seine Ausführungen ungefähr mit folgenden Worten: „Und wenn auch die Abhängigkeit der Arbeiter in materieller Hinsicht noch sehr groß ist, so hütet Euch doch Arbeiter, daß man Eure Meinungen, Eure Ansichten in Banden schlägt — die Geistesfesselerei drückt Euch zu den Thieren hinab!“ — Herr Großenbach sprach in demselben Sinne in seiner gewohnten, die Arbeiter fesselnden Weise; er meinte, daß die Fabrikherren sich wohl besinnen würden, — wenn nur die Arbeiter zusammen hielten — die tüchtigen Arbeiter so leicht zu entlassen und warnte vor der Furcht denselben gegenüber. Die anwesenden Arbeiter schienen auch gar nicht gewillt zu sein, sich zu fürchten, das sah man an den blühenden Augen und an der ganzen bewußten Haltung. Noch kurz wurde durch Herrn Claxenberg der politische Standpunkt des Allg. deutsch. Arb.-Vereins in Erwägung gezogen. Der Brennpunkt dieser Erörterungen war selbstredend: Der Arbeiterstand soll eine eigene Partei bilden, nicht rechts, noch links stehen, geradezu auf sein großes Ziel, Besserung der socialen Lage hinwirken, Alle und Jede, welche ihm hindernd in den Weg treten, seien es die Regierungen, sei es die fortschrittliche Bourgeoisie, mit seiner ganzen Macht bekämpfen — beide Parteien und nenerdings noch die Fortschrittspartei (Stettin, Krall, Kölner Festeisen) haben gezeigt, daß sie den Arbeiterstand nicht gleichberechtigt anerkennen wollen und deshalb muß beiden der Fehdehandschuh auf dem Boden des Geseßes, des Rechtes und des wahren Fortschritts hingeworfen werden. — Der Vorsitzende schloß nun mit einigen Worten des Dankes die zur Zufriedenheit aller Anwesenden verlaufene Versammlung.

a. Stettin, 8. August. (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Gestern Abend hat die hiesige Gemeinde eine Versammlung in ihrem neuen Lokale (bereits das fünfte) abgehalten. Es kam daselbst die Berliner Arbeiterversammlung zur Sprache, wobei die Anwesenden durch Acclamation ihre Sympathie für dieselbe an den Tag legten. Alsdann las der Bevollmächtigte Armborst die Rede des Professors Eckart aus dem „Soe.-Dem.“ vor, welche ebenfalls großen Beifall fand.

Endlich sind wir den Lokalbüchertreibungen auf die Spur gekommen; denn unser jetziger Wirth theilte uns mit, der Polizei-Kommissar hätte ihm gesagt: er, der Wirth, hätte doch zuerst bei der Polizei anfragen müssen (!) ob es ihm auch erlaubt sei, solche Versammlungen in seinem Lokale tagen zu lassen. (!) Da es im Vereinsgeseß keine derartigen Paragraffen giebt, nach welchem man die Polizei um Erlaubniß zu fragen hat, wenn man seine Wohnung zu einer Versammlung hergiebt, so muß man diesen Fall als eine Einschüchterung des Wirthes, und diese wiederum als eine Beschränkung des Vereinsrechtes betrachten. Ja, ja! Wir haben gegen schlimme Gegner zu kämpfen: Polizei und Presse! (die Presse, welche immer noch sehr falsche Berichte über unsere Versammlungen bringt, und Gegenberichte von unserer Seite, die Wahrheit enthalten, zurückweist). Es wird und muß aber eine Zeit kommen, wo sie verstummen werden, oder die Geschichte müßte stille sein.